



Antrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Optimierung der Realschule: Koppelung der Wahlpflichtfächergruppen III a und III b aufheben

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Koppelung der Wahlpflichtfächergruppen III a (zweite Fremdsprache Französisch) und III b (musisch-gestaltender oder hauswirtschaftlicher oder sozialer Bereich) aufzuheben, um vor allem kleinen Realschulen dauerhaft das Angebot der Wahlpflichtfächergruppe III b zu ermöglichen.

Begründung:

Nach den derzeitigen Vorgaben des Staatsministeriums für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst kann die Wahlpflichtfächergruppe III b erst bei Zustandekommen der Wahlpflichtfächergruppe III a gebildet werden. Diese Vorgabe kann unter Umständen bei kleinen und ländlichen Realschulen zu der Situation führen, dass zwar eine hohe Nachfrage nach dem Angebot der Wahlpflichtfächergruppe III b besteht, diese aber nicht gebildet werden kann, da für die Wahlpflichtfächergruppe III a nicht die erforderliche Anzahl von 14 Schülerinnen und Schülern vorhanden ist.

Da in der aktuellen wirtschaftlichen Situation gut ausgebildete junge Menschen als Fachkräfte sehr gefragt sind, ist es wichtig, dass die beruflichen Schulen und die berufsorientierenden Schularten gestärkt und passgenau optimiert werden. Die bayerische Realschule vermittelt mit hoher Qualität eine allgemeine und berufsvorbereitende Bildung, die den Schülerinnen und Schülern vielfältige Anschlussmöglichkeiten eröffnet. Die Wahlpflichtfächergruppe III b bereitet hierbei insbesondere auch auf Tätigkeiten in handwerklichen Berufen vor und sollte deshalb bei vorhandener Nachfrage unbedingt angeboten werden, um dem Fachkräftebedarf der Betriebe vor Ort gerecht zu werden.